

Die Welt. – 10.10.2017

Richard Herzinger

Der Westen droht, die Geduld mit der Ukraine zu verlieren

Захід загрожує Україні: терпіння може лопнути

Видання відзначає, що намітилася чітка тенденція: демократично обраний і демократично правлячий уряд в Києві все сильніше занурюється в пропагандистську оборону проти автократичного путінського режиму і все більше починає сприйматися західною, а точніше європейською громадськістю як проблема або навіть як порушник спокою. Тому від Заходу потрібно щось більше, ніж міцна підтримка і сприяння в проведенні реформ. Потрібно і терпіння, адже якщо ЄС спише з рахунків Україну заради хороших відносин з агресором, то їй самій доведеться заплатити високу ціну. Для Путіна це стало б справжнім тріумфом і доказом того, що демократична Європа більше не може вжити жодних перспективних кроків без його дозволу.

[https://www.welt.de/debatte/kommentare/article169431201/Der-Westen-droht-die-Gedul
d-mit-der-Ukraine-zu-verlieren.html](https://www.welt.de/debatte/kommentare/article169431201/Der-Westen-droht-die-Gedul-d-mit-der-Ukraine-zu-verlieren.html)

Während die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit durch Konflikte wie die um Nordkoreas Atomrüstung, die katalanischen Sezessionsabsichten oder die Waffengesetze in den USA absorbiert wird, schafft es die Ukraine kaum noch in die Schlagzeilen.

Dabei dauert der Krieg im Osten des Landes an, und es spitzen sich Auseinandersetzungen über den weiteren Weg der Ukraine zu, deren Ausgang nicht nur für ihre eigene, sondern auch für die Zukunft ganz Europas entscheidend sein könnte.

Eine Tendenz zeichnet sich dabei deutlich ab: Die demokratisch gewählte und kontrollierte Regierung in Kiew gerät gegenüber dem autokratischen Putin-Regime zunehmend in die propagandistische Defensive und wird auch in der westlichen,

namentlich der europäischen Öffentlichkeit immer mehr als Problemfall, wenn nicht gar als Störenfried wahrgenommen.

Zuletzt sorgte ein vom ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko ins Parlament eingebrachtes Gesetz zur Wiederherstellung der ukrainischen Souveränität über den besetzten Donbass für Erregung. Wird darin doch Russland – wahrheitsgetreu – als Aggressor und Besatzer ukrainischen Territoriums bezeichnet.

Die Kreml-Propaganda geißelte dies sogleich als Bruch des Minsker Abkommens, in dem Moskau nicht als Kriegspartei, sondern als Vermittler firmiert. Genau darin liegt allerdings der Konstruktionsfehler dieses Abkommens, der es verhindert, dass Russland für die Weigerung, seine im Minsker Abkommen eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, adäquat zur Rechenschaft gezogen werden kann.

Soll das aber die Ukraine daran hindern, die Tatsachen von sich aus beim Namen zu nennen? Zumal das ukrainische Parlament zugleich den Sonderstatus der abgetrennten ostukrainischen Gebiete verlängerte und so deutlich machte, dass sich Kiew weiter an die Minsker Vereinbarungen hält.

Für die Zustände in den „Volksrepubliken“ Luhansk und Donezk, die nur dank der gewaltigen russischen Militärpräsenz existieren und in denen eine gesetzlose Banditenherrschaft Wirtschaft und Gesellschaft ruiniert hat, interessiert sich indessen international kaum noch jemand.

Stattdessen ist es Putin jüngst gelungen, durch ein als Friedensinitiative getarntes politisches Manöver die westliche Gemeinschaft in Verlegenheit zu bringen. Sein Vorschlag, eine UN-Blauhelmtuppe die Einhaltung des Waffenstillstands an der Frontlinie in der Ostukraine überwachen zu lassen, hat einen entscheidenden Haken: Er spart die „Separatisten“-Gebiete sowie die ukrainisch-russische Grenze aus der internationalen Überwachung aus und läuft so darauf hinaus, den völkerrechtswidrigen Status quo zu zementieren.

Der entsprechende russische Entwurf für eine Resolution des UN-Sicherheitsrates wurde von den USA und den Europäern daher zwar zurückgewiesen. Doch sehen sich diese jetzt im Zugzwang, eine Gegenresolution zu erarbeiten, die das gesamte okkupierte ostukrainische Territorium in die internationale Kontrolle einbezieht.

Um sie umzusetzen, bedürfte es jedoch eines internationalen Kontingents von mindestens 40.000 Soldaten mit robustem Mandat. Putin aber weiß genau, dass die Neigung vor allem der europäischen Staaten, sich an einem solchen Unterfangen mit eigenen militärischen Kräften zu beteiligen, minimal ist – und dass für eine Realisierung das russische Einverständnis gebraucht würde. Eine Entscheidung wird man daher wohl auf die lange Bank schieben.

Putin aber kann nunmehr für sich reklamieren, mit seinem Vorstoß immerhin seinen guten Friedenswillen demonstriert zu haben. Dass die Ukraine schon seit Jahren eine umfassende UN-Beobachtermission gefordert hat, dies vom Westen aber ignoriert wurde, gerät dabei in Vergessenheit.

Doch nicht nur auf der weltpolitischen Ebene gerät die ukrainische Regierung verstärkt unter Druck. Auch innenpolitisch wird die Kritik an dem verlangsamten Reformtempo im Land immer lauter.